

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Konstantin Kuhle, Stephan Thomae, Alexander Graf Lambsdorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/5528 –

Grundrechtsschutz in der Sicherheitskooperation mit dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit

A. Problem

Die Fraktion der FDP begrüßt im Interesse gemeinsamer Terrorismusabwehr und Kriminalitätsbekämpfung das Vorhaben, nach Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union eine Partnerschaft in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung und Außenpolitik eingehen zu wollen, gibt jedoch weitreichende Befugnisse der britischen Nachrichtendienste und bereits bestehendes Ungleichgewicht im Datenaustausch zu bedenken.

Sie fordert die Bundesregierung daher auf, sich auf europäischer Ebene für ein umfassendes Sicherheitsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich einzusetzen, das die Weitergeltung der europäischen Grundrechte und die Umsetzung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Vereinigten Königreich garantiert.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/5528 abzulehnen.

Berlin, den 18. Dezember 2019

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Philipp Amthor
Berichtersteller

Elisabeth Kaiser
Berichterstellerin

Jochen Haug
Berichtersteller

Konstantin Kuhle
Berichtersteller

Dr. André Hahn
Berichtersteller

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Philipp Amthor, Elisabeth Kaiser, Jochen Haug, Konstantin Kuhle, Dr. André Hahn und Dr. Konstantin von Notz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/5528** wurde in der 62. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. November 2018 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 74. Sitzung am 18. Dezember 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5528 empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 50. Sitzung am 18. Dezember 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/5528 abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf **Drucksache 19/5528** in seiner 78. Sitzung am 18. Dezember 2019 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung der Vorlage mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

Berlin, den 18. Dezember 2019

Philipp Amthor
Berichtersteller

Elisabeth Kaiser
Berichterstellerin

Jochen Haug
Berichtersteller

Konstantin Kuhle
Berichtersteller

Dr. André Hahn
Berichtersteller

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstellerin

